

Protokoll der 9. Sitzung, vom 03.04.2009 im Redderhus, Holzbunge von 8.30 bis 10.00 Uhr

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Eckhard Reese (Amt Eiderkanal), Jürgen Hein (Brgm. Büdelsdorf), Dr. Alard Stolte (Gesundheitszentrum im Redderhus), Stefan Schulze (Sparkasse Mittelholstein AG), Gero Neidlinger (LAG Vorsitzender), Anke Samson (RD-Marketing), Jutta Jessen-Thiesen (Christopherus-Haus), Andreas Wackernagel (Kirchenkreis RD), Peter Feuser (VHS-Rendsburg), Patrick Luckenbach (BSporT), Harald Struve (Luhnstedt) und Reiner Schramm (GQNetMed e.V.)

Abgesagt hatten: Frau Frauke Kondritz (MehrgenerationenHaus), Astrid Gulba (Luhnstedt), Elke Kemper, Ralph Hohenschurz-Schmidt (AWR) und Sven Probst (Die NetzWerker).

1. Herr Dr. Berger referierte zu Lotsendiensten und trägerunabhängiger Pflegeberatung

Herr Dr. Gerhard Berger¹ hat auf Einladung der AG Lebensqualität über die Intentionen und Entwicklungen der **Lotsendienste** und der **trägerunabhängigen Pflegeberatungsstellen** (TuB) berichtet. In dem Protokoll sind Auszüge aus dem Referat von Dr. Berger und der anschließenden Diskussion wiedergegeben. Die Präsentation von Dr. Berger finden Sie in der Anlage:

1. Pflegestützpunkte

Die Landesregierung und der Landtag haben beschlossen einen Pflegestützpunkt (PSP) je Landkreis einzurichten. Die PSP sparen Kosten, wenn teure Pflegeheimübertritte hinausgezögert oder vermieden werden. Daraus erwachsen Einsparungen bei den Pflegekassen und auch bei den Sozialhilfeträgern, die vermeidbare Pflegeheimkosten nicht finanzieren müssen.

2. Trägerunabhängige Pflegeberatungsstellen (TuB):

Hauptproblem ist, dass die TuB i.d.R. zu weit entfernt sind von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, besonders in den Flächenbereichen der Kreise. Eine einzige Anlaufstelle pro Kreis bedeutet zu lange Wege, zu wenig örtliche Verflechtung, nicht zuletzt zu wenig Vertrauen in eine solche Stelle. Die Forderung war deshalb:

1. Beratungen müssen näher zu den Menschen gebracht werden und
2. kommunale Bedingungen müssen berücksichtigt werden,

3. Lotsendienste

Die nicht optimalen Ergebnisse des TuB-Modellprojektes (2001-2004) waren die Geburtsstunde des Lotsendienstes durch den Landesseniorenrat, die Lebenshilfe und das Institut für Sozialwissenschaften in Kiel, das die wissenschaftliche Begleitung übernommen hat.

Das Netz der TuB (in S-H. gibt es derzeit 8) sollte zu einem regionalen Sorgenetzwerk, das nahe an den Menschen ist, weiterentwickelt werden. Dieses Netzwerk sollte auf Ämter oder kommunaler Ebene angesiedelt sein und auf zwei Beinen stehen:

1. Lebensqualität der Menschen sichern, über die individuelle Einzelberatung (Fall- bzw. CASE-Management) und Optimierung des bestehenden Hilfesystems (CARE-Management).
2. die vorhandenen Hilfen / Angebote in der Region ernst nehmen, die Lücken aufspüren, um zu einer besseren Vernetzung zu kommen und in Abstimmung mit den bisherigen Leistungsanbietern zu einer besseren Versorgungsqualität zu kommen.

¹ **Dr. Gerhard Berger** arbeitet am Institut für Sozialwissenschaften, der Christian-Albrecht-Uni. in Kiel und leitet die Forschungsgruppe Gerontologie. Im Oktober 2004 hat er (u.a.) den Endbericht über die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes Trägerunabhängige Beratungsstellen in Schleswig-Holstein (TuB, 2001 bis 2004) vorgestellt.

Ziel ist, dass Menschen dort Unterstützung finden, wo sie wohnen! Auch mit zunehmendem Hilfebedarf sollten sie aus der vertrauten Umgebung im örtlichen Gemeinwesen nicht in ein Pflegeheim umziehen müssen, solange dies vermeidbar ist

Der Lotsendienst unterstützt die Menschen die den vielfältigen Hilfen und Angeboten aus vielerlei Richtungen hilflos gegenüberstehen. Hilfesuchende haben einen Ansprechpartner, nämlich den Lotsendienst, der mit ihnen gemeinsam ein individuell angepasstes Paket von Hilfen schnürt, das diese Person braucht. Durch eine möglichst langfristig Begleitung kann dieses Paket immer wieder an den sich wandelnden Bedarf angepasst werden.

Wichtig ist für Angehörige der gleichen Generation, z.B. Angehörige, Ehepartner aber auch berufstätige Kinder, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu bewältigen. In diesem Zusammenhang besteht auch ein Wirtschaftsförderungsaspekt, weil immer mehr Unternehmer einsehen, dass sie ihren Mitarbeitern, vor allem immer noch den Frauen, Möglichkeiten bieten müssen, die beruflichen und pflegenden Aufgaben unter einen Hut zu bekommen.

Die Lotsendienste können hier einen wichtigen Dienst erbringen, vor allem wenn die Angehörigen weit entfernt wohnen und sich über die Entwicklungen informieren wollen. Auch für die Nachbarschaft, die wir ja immer in einen solchen Pflegemix mit einbeziehen wollen, ist ein Lotsendienst notwendig, um professionelle Unterstützung anzubieten. Nachbarn und Ehrenamtliche können sich nicht grenzenlos engagieren, sie müssen sagen können, wann die Möglichkeiten / das Limit erschöpft sind. Es muss dann jemand da sein, der an dieser Stelle weiterhilft. Dies kann dann der Lotsendienst sein.

Zusammenfassung über die Aufgaben des Lotsendienstes:

1. zentrale Anlaufstelle
2. Anbieterneutrale Informationen und Beratung („Päckchen schnüren“)
3. individuelle Begleitung,
4. Förderung der Nachbarschaftshilfe und des freiwilligen Engagements,
5. Prävention und Gesundheitsförderung (Pflegebedürftigkeit vermeiden/hinauszögern)
6. Entlastung und Stärkung der pflegenden Angehörigen (u.a. Gewaltprävention bei Überlastungsproblemen)
7. bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bei Angehörigen.

Die Umsetzung des Lotsendienstes im Kreis Rendsburg-Eckernförde:

Bisher bestehen im Kreisgebiet bereits drei Lotsendienste in Altenholz, Flintbek/Molfsee und Eckernförde. Die geplanten Pflegestützpunkte (PSP = einer pro Landkreis) bedeuten für unseren Landkreis einen Haupt-PSP in Rendsburg und verschiedene Satelliten-PSP.

In Altenholz, Flintbek/Molfsee (beide mit gesicherter Finanzierung durch die Gemeinde) und Eckernförde (mit noch ungesicherter Finanzierung) bestehen bereits Lotsendienste. Sie sind damit gut vorbereitet als Satelliten-PSP.

Im südlichen Landkreisraum bräuchte es zwei weitere Satelliten, z.B. Hohenwestedt und Nortorf.

Die zu erwartenden Kosten des Lotsendienstes:

Daumenregel = eine Vollzeitstelle pro 30.000 Einwohner = ca. 80.000 € p.a..

Pflegestützpunkte (PSP):

Die Landesregierung S-H. hat sich entschieden, dass solche PSP in S-H. eingerichtet werden sollen. Zwischen Kommunen, Kreisen und Krankenkassen wurde vor kurzem ein vorläufiger Rahmenvertrag abgeschlossen, **mit einem PSP pro Landkreis**. Nun liegt der Rahmenvertrag vor und es muss - über die Frage, was man im Kreis RD-Ecke tun kann - neu diskutiert werden.

Ein PSP kostet rd. 250.000€ p.a.. Finanziert werden die PSP zu je 1/3 vom Land, den Krankenkassen bzw. Pflegekassen, der Kommune und vom Landkreis.

Nähere Informationen über die bestehenden Lotsendienste finden Sie auf der Internetseite www.lotsendienste.de

Reiner Schramm dankt Herrn Dr. Berger für den sehr aufschlussreichen Vortrag:

Stichpunkte der Diskussion:

1. Das Interesse der Menschen auch im Pflegefall in der eigenen Wohnung und vertrauten Umgebung zu leben und betreut zu werden steigt spürbar. Die dafür notwendigen personellen und organisatorischen Voraussetzungen sind unter den Bedingungen der vergangenen Jahre derzeit kaum vorstellbar. Es braucht neue regionale, integrative und langfristige Lösungen.
2. Die Begleitforschung konnte nachweisen, dass sowohl die TuB, als auch die kommunalen Lotsendienste erfolgreich sind und viele Erfahrungen übertragen werden können.

3. Es gibt aber zwei Hinderungsgründe:

- a. **Die Finanzierung!** Das Lotsendienstkonzept wird nicht funktionieren, wenn es nicht auf Dauer durch Kommunen oder Ämter finanziert wird. Es kann keine Finanzierung durch die AktivRegionen geben, u.a. wenn andere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen (z.B. durch Städte, Kommunen und Ämter).
 - b. **Trägerunabhängige Beratungsstellen!** Dies gelingt nur, wenn die Leistungsanbieter aus der Beratungsstelle herausgehalten werden.
4. Prinzip des Lotsen-Konzeptes war immer Bewährtes und Funktionierendes einzubeziehen und weiterzuentwickeln. Es geht nicht darum bestehende Strukturen zu ersetzen oder wegzudrängen. Es geht um Weiterentwicklung bewährter bestehender Strukturen mit einem klaren Konzeptanspruch „wohin es gehen soll“.

Herr Dr. Berger hat im Anschluss an die Diskussion die Sitzung verlassen. Wir danken ihm nochmals für seinen engagierten Vortrag und die weiterführenden Informationen. Es wurde vereinbart den Kontakt zu Dr. Berger aufrechtzuerhalten.

2. Herr Hein berichtet über die Entwicklungen im Projekt „BSporT“:

Der BSporT e.V. hat sich aus der Förderung durch die AktivRegion zurückgezogen. Gründe hierfür waren u.a.:

- Nur wenn der Verein „BSport“ als Antragsteller aufgetreten würde, wäre eine max. Förderung von 35% möglich,
- wenn, wie bisher vorgesehen die Stadt Büdelsdorf als Antragsteller auftritt, läge die Förderung bei 55%. Damit wäre die Stadt Büdelsdorf aber auch hauptverantwortlicher Projekträger!
- Für die Aufgaben des eigens gegründeten Vereins „BSporT“ hätte ein Wettbewerb über die Personalkosten ausgeschrieben werden müssen und das beste Angebot hätte den Zuschlag bekommen.
- Der Verein „BSporT“, dessen Konzeptentwicklung in das Jahr 2007 zurückreicht und in dem das gesamte Wissen über Vorgehensweise und Zusammenhänge (Know how) gebündelt war, hätte dann allenfalls noch als Berater der Stadt auftreten dürfen und wäre von der Projektrealisierung ausgeschlossen worden.
- Würde die Stadt Büdelsdorf in dem Ausschreibungsverfahren ggf. einen Fehler machen, besteht bei einer Überprüfung des Ausschreibungs- und Vergabeverfahrens - durch acht unterschiedliche Prüfinstanzen - das volle Kostenrisiko für den Antragsteller.
- Um dieses Risiko zu vermeiden, wird das Projekt-„BSporT“ aus der AktivRegion herausgenommen und als Leitprojekt der GEP realisiert.

Diese Entwicklung ist für die Arbeitsgruppe Lebensqualität als erheblicher Rückschlag einzuschätzen, hätten sich doch alle nachfolgenden Projektanträge modellhaft an dem erfolgreichen BSporT-Projektantrag orientieren sollen.

Herr Neidlinger ergänzte, dass Projekte, die über eine Kommune laufen sollen, damit die 55%-Förderung möglich wird, für Kommunen nicht mehr attraktiv sind, wenn der nichtkommunale Projektmacher die Förderung bekommt, die Kommune aber die gesamte Haftung übernehmen soll.

Die 35%-Förderung bleibt, wird aber unterschiedlich bewertet:

1. Beispiel: Wenn z.B. Firmen das NOK-Leuchtturmprojekt unterstützen, dann bekommen diese die 35 % voll gefördert, der Rest ist Eigenanteil, z.B. bei einem Gastronomiebetrieb.
2. Beispiel: Wenn aber eine Budgetförderung eingebracht wird, wie im Fall von BSporT aber ohne kommunale Trägerschaft, dann ist die 35%-Förderung nochmals aufzuteilen in 50% Förderung und 50% kommunale Co-Finanzierung, d.h. gefördert werden dann 17,5 % der Gesamtsumme aus EU-Mitteln.
3. Herr **Dr. Stolte** berichtete ergänzend zu der 7. Sitzung den aktuellen Stand von HerzGesund. Dazu legte er einen Zwischenbericht zur 9. Sitzung unserer AG vor. Der Bericht befindet sich in der Anlage dieses Protokolls.

Ein aktueller Aspekt war die Lehrküche, die, wenn noch nicht im Redderhus, dann über die Stadt Büdelsdorf gesichert werden könnte. Das Redderhus wäre allerdings – nach seinen Worten - als Anlaufadresse in Zentral-Holstein sehr vorteilhaft.

Herr Neidlinger entgegnete, dass die Aktivitäten – ohne die Lehrküche – vermutlich problemlos zu realisieren wären, die Lehrküche ist aus zwei Gründen ein Problem:

- a. Die Ausstellung in den oberen Räumen ist gefördert worden und der Förderzeitraum ist noch nicht abgelaufen. Hier würde das Risiko drohen, einen Teil der Fördersumme zurückzubehalten, wenn die Räumlichkeiten vorab einem anderen Zweck zugeführt würden. Das müsste also vorher geklärt werden.
- b. Derzeit streben die Träger des Redderhus eine Kooperation - im touristischen Bereich – mit der Stadt Eckernförde (im Zusammenhang mit dem INFO-Zentrum) an. Über diese Vereinbarung (die kurz vor dem Abschluss steht) soll der Betrieb der Einrichtung gewährleistet werden können, d.h. es muss mit dem Partner über ggf. neue Nutzungsvereinbarungen gesprochen werden. Die Kooperation ermöglicht immerhin eine Kostensenkung im Redderhus um fast 50%!

Herr Dr. Stolte muss dann bezüglich der Übernahme der Kosten für die Einrichtung der Küche Stellung nehmen. Wenn eine kommunale Förderung möglich sein soll, dann muss ein Wirtschaftsplan vorliegen, aus dem hervorgeht, wie sich die Einnahmeseite in den nächsten Jahren entwickelt. Das Risiko - ein Dauerezuschuss der Kommunen – muss weitgehend minimiert werden.

Herr Dr. Stolte stellte fest, dass durch die HerzGesund-Aktivitäten und -Gruppen die Finanzierung allein nicht gewährleistet werden könnte. Er bekräftigte, dass Prof. Müller von der Uni. Kiel die Auffassung vertritt, dass ein entsprechendes Angebot in Mittel-Holstein fehlt.

Herr Reese empfiehlt die Ausfüllung des Projektantrages, weil man so oftmals erst erkennt, welche Fragen noch zu klären sind. Er gibt zudem zu bedenken, dass das Projekt „Knick- und Redderroute“ Ansatzpunkte zu dem Projekt von HerzGesund eröffne, wenn die Tourenplanung z.B. durch die Knicklandschaft geführt werden könnte. Herr Reese bittet Herrn Dr. Stolte um Bereitstellung eines Wegenetzplanes.

4. **Herr Feuser** lädt die AG LebensQ für die nächste Sitzung ins Bürgerhaus nach Büdelsdorf ein, auch um über das Projekt „Mobilität“ zu informieren, an dem die VHS gemeinsam mit RD-Marketing arbeitet. Dabei wird versucht den ÖPNV, Taxiunternehmen und bürgerliches Engagement zusammenzubringen. Dazu liegen interessante Recherchen vor, um die Diskussion anzuregen.
5. **Herr Neidlinger** berichtete über den Projektantrag für das „**Mehrgenerationendorf-Borgstedt – BürgerInnen denken Zukunft**“. Borgstedt
 - hat vor einiger Zeit ein Leitbild „Mehrgenerationendorf - erarbeitet,
 - sieht sich als Gemeinde in Stadtrandlage,

- hat eine gute Infrastruktur (Kaufmannsladen, Kindergarten, Grundschule, Bäcker, Cafe, Gastronomie, Friseur, Gärtnerei etc.),
- hat eine gute Verkehrsanbindung und
- liegt landschaftlich in einer sehr schönen Lage mit naturreicher Umgebung.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung – die Menschen ziehen wieder lieber in die Stadt – will Borgstedt konkurrenzfähig bleiben. Zunächst ist eine Vorbesprechung mit allen sozialrelevanten Gruppen unter dem Motto „Wie soll unsere Gemeinde in 25 Jahren aussehen?“, geplant. Ferner ist eine Auftaktveranstaltung als Zukunftswerkstatt vorgesehen. Darüber hinaus sollen Stadt-Umland-Kooperationen geprüft und entwickelt werden. Dazu ist externe Unterstützung und Fördermittel in Höhe von 8.800 € notwendig. Die Co-Finanzierung ist über die Gemeinde Borgstedt gesichert. Alle Vorabsprachen mit LLUR verliefen bisher positiv. Das Projekt soll über die AG LebensQ in den Projektbeitrag eingebracht werden.

Der Projektantrag und die Anlage 1 werden an dieses Protokoll angehängt.

... Es ergab sich im Anschluss ein angeregter Austausch über die Auswirkungen der Demographie, der Attraktivität von (und dem Wettbewerb unter den) Kommunen, der Chancen von Marktreffs, der interkommunalen Kooperation u.a.m.

6. Verschiedenes:

1. Zu unserem Bedauern hat Frau Pastorin Jessen-Thiesen mitgeteilt, dass sie in Kürze nach Nord-Friesland umziehen wird und unserer Arbeitsgruppe damit nicht mehr zur Verfügung steht. Wir danken ihr für das Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit! Für ihren weiteren Lebensweg wünschen wir ihr alles Gute und viel Erfolg und Zufriedenheit.
2. Herr Dr. Stolte möchte in einer der nächsten Sitzungen den Stand und die Neuerungen des Projektes HerzGesund – mit Beamer - berichten. Um rechtzeitige Mitteilung an Reiner Schramm wird gebeten, um die Technik bereitstellen zu können.
3. **Der nächster Termin und Sitzungsort:**

Am: Freitag, 15. Mai 2009, um 8.30 Uhr

Ort: Büdelsdorf, Bürgerzentrum (in den VHS-Räumen)

Rendsburg, 09.04.2009

Gez. Reiner Schramm

Anlagen:

1. das Protokoll der 9. Sitzung (als PDF-Datei)
2. Präsentation von Dr. Berger, vom 03.04.2009
3. Projektantrag **Mehrgenerationendorf Borgstedt** und Anlage 1
4. Zwischenbericht von Herrn Dr. Stolte
5. eine Information über regionale Werbefilme von der WESTCOASTFILM-THOMAS VOECKS (eMail)